

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESV ERBAND BERLIN

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Berlin
Ver.di Berlin-Brandenburg
Köpenicker Str. 30
10179 Berlin

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRER
Fon: 030 - 4692-141/144
Fax: 030 - 4692-166
dennis.buchner@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222
www.spd-berlin.de

Berlin, 06.09.2016

Ihre Anfrage: Wahlprüfsteine

Sehr geehrte Frau Stumpenhusen,
sehr geehrter Herr Erdmann,

gern beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016.

Setzt sich die SPD in Berlin aktiv ein für die gleiche Bezahlung der VHS-DozentInnen wie für angestellte Lehrkräfte mit vergleichbarer Qualifikation? Das würde für freiberuflich Tätige bedeuten: 60 Euro pro Unterrichtseinheit für akademisch ausgebildete VHS-DozentInnen.

Setzt sich die SPD in Berlin aktiv ein für Verhandlungen für einen Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche VHS DozentInnen? Der Vertrag sollte das bestehende Berliner Modell der Sozialzuschläge aufgreifen, weitere Sozialstandards wie Mutterschutz und Wiedereinstiegsrecht nach Elternzeit enthalten. Wichtig ist uns auch eine VHS-DozentInnen-Vertretung, die mit Rechten ausgestattet wird. Teilziele könnten in VHS-Ausführungsvorschriften umgesetzt werden. Unsere Präferenz: Tarifvertrag.

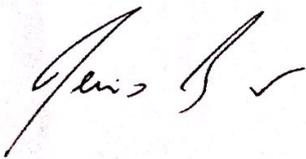
Setzt sich die SPD in Berlin aktiv ein für die Option auf Festanstellung für DozentInnen und die Umwandlung von arbeitnehmerähnlicher Beschäftigung in Anstellungsverhältnisse?

Setzt sich die SPD in Berlin aktiv ein für eine Aufnahme der oben genannten Punkte in den Koalitionsvertrag?

Antwort: Es ist Beschlusslage der Berliner SPD, dass für die etwa 600 in prekären Beschäftigungsverhältnissen stehenden arbeitnehmerähnlichen VHS-Dozentinnen und Dozenten (die hauptberuflich u.a. Integrationskurse erteilen), ordentliche Arbeitsverträge vereinbart und Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften ver.di und GEW in Bezug auf grundlegende Rechte wie Sozialversicherung, Mutterschutz und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mit dem Ziel eines gesonderten Tarifvertrages für die Volkshochschulen aufgenommen werden.

Allerdings können wir zum jetzigen Zeitpunkt - ohne den Wahlausgang bzw. künftige Verhandlungspartner zu kennen – keine Aussagen über mögliche Inhalte eines künftigen Koalitionsvertrags machen.

Mit freundlichen Grüßen



Dennis Buchner
Landesgeschäftsführer